

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 30. November 1973

Blatt 2276

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Ab kommender Woche: Zeugnisberatung im "Info-Center"
Wiener Landtag

Wiener Gemeinderat

Lokal: Wien bietet viele Wintersportmöglichkeiten für die
Jugend

Die Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche

Polioimpfaktion um zwei Tage verlängert

Keine Schwierigkeiten mit der Müllabfuhr vor den
Feiertagen

Sicherheit in Wien - höher als in anderen Städten

Stadtreinigung nimmt vorsorglich Schneearbeiter auf

Kulturdienst: "Das gute Bild für jeden": hohe Qualität, kleiner
Preis

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

k o m m u n a l

=====

ab kommender woche:

zeugnisberatung im ''info-center''

1 wien, 30.11. (rk) kommenden freitag, den 7. dezember, gibt es in den allgemeinbildenden hoeheren schulen wiens das erste trimesterzeugnis des heurigen schuljahres. das jugendinformations- und beratungszentrum - kurz ''info-center'' genannt - , im 6. bezirk, in der damboeckgasse 1, nimmt dies zum anlass, seine aktivitaeten um ein weiteres angebot zu erweitern: ab kommender woche steht den besuchern des ''info-centers'' eine eigene zeugnisberatung zur verfuegung. damit soll jenen schuelern rat und hilfe geboten werden, die anlaesslich der bevorstehenden zeugnisverteilung unter umstaenden in bedraengnis kommen und daher vielleicht unueberlegt handeln. aufgrund der in den letzten jahren zunehmenden fluchtreaktionen und anderer unbedachter handlungen in der zeit der schulkonferenzen, der sprechtaege und der zeugnisverteilung, soll den davon betroffenen jugendlichen geholfen werden.

das ''info-center'' wendet sich dabei bewusst nicht an die eltern, da fuer diese ohnehin entsprechende beratungsdienste angeboten werden, sondern an die jungen menschen selbst. es will versuchen, diesen die moeglichkeit zu geben, unter fachleuten die vorhandenen probleme zu besprechen und ihre angst zu ueberwinden, damit sie den mut finden, auch mit ihren eltern ueber ihre schwierigkeiten zu sprechen. mit hilfe dieses besonderen services soll den jugendlichen ihr selbstvertrauen wiedergegeben beziehungsweise das verstaendnis ihrer eltern aktiviert werden.

fuer diese besondere aufgabe wird das staendige team des ''info-centers'', bestehend aus zwei sozialpaedagogen, einer sozialarbeiterin, zwei psychologinnen, einem jugendpsychiater und drei jugendrechtlern, noch um einen in fragen der zeugnisberatung erfahrenen mitarbeiter aus dem lehrberuf erweitert werden.

das jugendinformationszentrum ist von montag bis freitag, taeglich in der zeit von 11 bis 19 uhr, geoeffnet.

l o k a l :

=====

wien bietet viele wintersportmoeglichkeiten fuer die jugend

2 wien, 30.11. (rk) wien bietet - im vergleich zu anderen europaeischen metropolen - besonders guenstige wintersportmoeglichkeiten fuer die jugend. jedes jahr kommen ein paar neue rodelparadiese in parkanlagen und unmittelbar in der naehe neuer wohnbauten hinzu. derzeit gibt es innerhalb der stadtgrenzen mehr als 50 moeglichkeiten zum rodeln in parkanlagen, auf gruenflaechen zwischen staedtischen wohnhaeusern oder auf eigenen rodelstrassen. dazu kommen natuerlich schiwiesen - am gefragtesten ist die hohe-wand-wiese - in stadtnaehe und die wintersportmoeglichkeiten im naehen wienerwald.

eines der juengsten rodelparadiese ist die rodelbahn des neuen naturspielplatzes bei der wohnhausanlage krottenbachstrasse 122 in doebling.

hier ein verzeichnis der groesseren r o d e l b a h n e n in p a r k a n l a g e n , die auch durch tafeln ''rodeln und schifahren erlaubt'' gekennzeichnet sind:

2. bezirk: jesuitenwiese im prater, der groesste rodelhuegel ueberhaupt, der seinerzeit aus dem aushubmaterial vom bau des verkehrsknotens praterstern aufgeschuettet worden ist.
3. bezirk: kinderpark, schweizergarten entlang ghegastrasse, hofmannsthalgasse entlang des st. marxer friedhofes.
5. bezirk: hartmanngasse 1-3a.
10. bezirk: laaer berg (volkspark), waldmuellerpark, gussriegelstrasse (ehemaliger fc-wien-platz), eisenstadtplatz.
11. bezirk: luise montag-gasse, eisteichstrasse, seeschlachtweg in hoehe blieriotgasse.
13. bezirk: roter berg (lagerwiese).
15. bezirk: dadlergasse 16.
16. bezirk: kongresspark.

18. bezirk: poetzleinsdorfer schlosspark (wiese vor dem kinder-spielplatz).
19. bezirk: spielplatz krottenbachstrasse 122.
20. bezirk: spielmanngasse (zwischen volksschule und kindergarten)
21. bezirk: haspingerplatz, obere alte donau (neben angelibad), freiligrathplatz, adolf loos-gasse /doderergasse, langfeldgasse/pastorstrasse).
22. bezirk: donaupark, welzenbachergasse/kagranner anger (bei strakaweg), kaiserwasser, dueseldorfstrasse (gegenueber bachrachgasse), hirschstettner aupark.
23. bezirk: rudolf zeller-gasse 67.

ferner gibt es noch fuenf strassen, die bei entsprechender schneelage (etwa zehn zentimeter) als r o d e l s t r a s s e n freigegeben und durch fahrverbotsschilder (zufahrt fuer anrainer) abgesichert werden. es sind dies die beiden randwege des drasche-parks auf der w i e d e n , die schwenkgasse (von spittelbreiten-gasse bis tivoligasse) in m e i d l i n g , die eduard suess-gasse (von meiselstrasse bis maerzstrasse) in r u d o l f s h e i m - f u e n f h a u s , die edmund weiss-gasse (von littrowgasse bis tuerkenschanzstrasse) und die leschititzkygasse (zwischen spitzergasse und duerwaringstrasse), beide in w a e h r i n g .

l o k a l :

=====

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

favoritenstrasse wieder frei

3 wien, 30.11. (rk) voraussichtlich ab dienstag kommenden woche wird die aeussere favoritenstrasse im bereich des kuenftigen autobahnknotens wieder fuer den verkehr richtung stadtauswaerts zur verfuegung stehen. damit wird auch die zufahrt zur autobahn wieder ohne muehe moeglich.

die in der vorwoche angekueendigte sperre der eisenbahnkreuzung im bereich grillgasse in simmering ab diesem wochenende, findet nicht statt. wegen des wintereinbruchs muessen die sanierungsarbeiten auf unbestimmte zeit verschoben werden.

morgen, samstag, ist uebrigens der zweite einkaufs-samstag, an dem die bestimmungen der verkehrsarmen zone fuer die innere mariahilfer strasse und die meidlinger hauptstrasse gelten.

0955

L o k a l :

=====

polio-impfaktion um zwei tage verlaengert

4 wien, 30.11. (rk) infolge der meldungen von den bezirks-
gesundheitsaemtern ueber die starke beteiligung an der polio-
impfaktion - es waren etwa doppelt so viele polio-impfungen als
bei der impfaktion im november 1972 - hat gesundheitsstadtrat
dr. alois s t a c h e r , angeordnet, die morgen,
samstag, zu ende gehende schluckimpfung noch zwei tage zu ver-
laengern. fuer "nachzuegler" besteht somit kommenden montag
und kommenden dienstag die letzte chance, sich in den bezirks-
gesundheitsaemtern in der zeit von 9 bis 11 uhr impfen zu lassen.
1000

L o k a l :

=====

keine schwierigkeiten mit der muellabfuhr vor den feiertagen

5 wien, 30.11. (rk) entgegen anders lautenden geruechten, die in der leopoldstadt verbreitet wurden, wird die muellabfuhr durch die stadtreinigung wie bisher voellig normal und ohne unterbrechung in den wochen vor weihnachten durchgefuehrt. die geruechte wollten von ''sparmassnahmen'' im zeichen der oelkrise wissen.

auch die weihnachtsfeiertage und neujahr werden - wie jedes jahr - durch die maenner der muellabfuhr eingearbeit: und zwar der erste weihnachtsfeiertag am stefanitag, der stefanitag am freitag, 28. dezember, und der neujahrstag am samstag, 5. jaenner.

1003

Wiener Landtag

=====

Wien, 30.11. (RK) Freitag um 10 Uhr trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz des Ersten Präsidenten Maria Hlawka zu einer Sitzung zusammen. Dem Landtag lagen zwei Geschäftsstücke vor, die einstimmig beschlossen wurden. Es handelt sich um ein Gesetz zur Abänderung und Verbesserung des Unfallfürsorgegesetzes für die Beamten der Stadt Wien (Referent: Stadtrat Heller, SPÖ) und um die Aufhebung der Immunität des Landtagsabgeordneten Reinhold Suttner (SPÖ) zur Strafverfolgung im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall (Referent: Landtagsabgeordneter Mayr, SPÖ). Suttner hat selbst dieses Ansuchen an das Immunitätskollegium gestellt.

Zu Beginn der Sitzung lagen zwei FPÖ-Anfragen, ein FPÖ-Antrag, betreffend Befreiung der durch den U-Bahn-Bau geschädigten Geschäftsleute von der Dienstgeberabgabe, und ein ÖVP-Antrag, betreffend U-Bahn-Entschädigungsgesetz, vor. Die Anträge wurden zugewiesen.

Dem in den Bundesrat berufenen Gemeinderat Franz Rosenberger (SPÖ) sprach Präsident Maria Hlawka Dank und Glückwünsche aus.

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

Die neue Geschäftseinteilung

Wien, 30.11. (RK) Nach der Eröffnung der Sitzung des Gemeinderates teilte Bürgermeister Leopold Gratz mit, daß drei Anfragen der FPÖ und eine der ÖVP vorliegen. Die FPÖ beantragte außerdem die Ausarbeitung eines Kindergartenplanes, die ÖVP die Wiedererrichtung einer Sportanlage nach Fertigstellung des Garagenbaues auf dem Red Star-Platz.

Als erster Tagesordnungspunkt der Geschäftssitzung wurde die neue Geschäftseinteilung des Magistrats behandelt und nach fast zweistündiger Debatte von SPÖ und FPÖ beschlossen.

Stadtrat Heller (SPÖ) schilderte die neue Geschäftseinteilung, mit der die Zahl der Geschäftsgruppen von 14 auf acht vermindert und viele Doppel- und Mehrfachkompetenzen abgebaut werden. Eine neue Koordinations- und Informationsstelle in der Magistratsdirektion soll die Entscheidungsgrundlagen für die Stadtverwaltung liefern. In die Geschäftsgruppe I kommen zu den Personalagenden allgemeine Verwaltungs- und Rechtsangelegenheiten sowie die neugeschaffene Sportabteilung. Die Geschäftsgruppe II erhält zu den Finanzen auch die wirtschaftliche Planung, die Statistik sowie die überwiegend wirtschaftlichen Aufgaben des Beschaffungs-, des Markt- und des Veterinäramtes. In die Geschäftsgruppe III kommt zur Kultur auch das Jugendamt, in der Geschäftsgruppe IV sind alle Abteilungen zusammengefaßt, die im Sozial- und Gesundheitswesen tätig sind. In der Geschäftsgruppe V ist unter der koordinierenden Leitung der Stadtbaudirektion die Stadtplanung zusammengefaßt, außerdem die Baupolizei und die Abteilungen, von denen die baulichen und technischen Voraussetzungen für den Straßenverkehr zu schaffen sind. Die Geschäftsgruppe VI umfaßt im weitesten Sinne die Aufgaben des Umweltschutzes, wobei eine neugeschaffene Abteilung alle diese Arbeiten koordinieren und neue Aktivitäten setzen soll, außerdem die aus dem Presse- und Informationsdienst hervorgegangene MA 53. In der Geschäftsgruppe VII sind alle für den Hochbau zuständigen Abteilungen und die eng damit verbundenen Grundstücksangelegenheiten, in der Geschäftsgruppe VIII die Wiener Stadtwerke.

Entgegen der am Dienstag vom Stadtsenat beschlossenen Geschäftseinteilung beantragte Stadtrat Heller, die MA 45 (Wäschereien) nicht in die Geschäftsgruppe VI, sondern in die Geschäftsgruppe IV einzugliedern. Der Grund dafür ist, daß die Wäschereien fast ausschließlich für das Anstaltenamt arbeiten. Stadtrat Heller bezeichnete abschließend die Verwaltungs- und Betriebsreform als ein ständiges Anliegen, für das die Geschäftseinteilung ein flexibles Instrument darstellt.

Debatte über Geschäftseinteilung

Als "zweifellos sachlich besser" als die bisherige Geschäftseinteilung bezeichnete GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) die Vorlage. Trotzdem seien einige bessere Lösungen denkbar, so gehörten die Schlachthöfe eigentlich zur Geschäftsgruppe VI, die veterinärrechtlichen Angelegenheiten zum Gesundheitsressort. Eine eigene Magistratsabteilung für Altstadterhaltung und Denkmalschutz wäre unbedingt notwendig. Unnötig sei hingegen die MA 53, umso mehr als unter den Aufgaben des Magistratsdirektors der Begriff "Informatik" aufscheine.

Als eiligen Versuch, ein annäherndes Gleichgewicht zwischen den Geschäftsgruppen herzustellen, bezeichnete Stadtrat Dr. Goller (ÖVP) die neue Geschäftseinteilung. Von einer Verwaltungsreform könne dabei keine Rede sein. Vor fünf Jahren habe man die Ausweitung auf 14 Geschäftsgruppen mit den gewachsenen Aufgaben der Stadtverwaltung begründet, jetzt rede man von der Notwendigkeit der Konzentration. Dabei sei ein Zuschnitt auf die parteipolitischen Funktionen der Stadträte festzustellen. Sport zähle nicht mehr zu den kulturellen Angelegenheiten, sondern komme in das Ressort des ASKÖ-Präsidenten Heller. Als Kompensation bekommt Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner, eine hohe Funktionärin der Kinderfreunde, die Kindergärten. Der PID, der für die Gesamtheit des Magistrats zuständig ist und über allen Geschäftsgruppen stehen sollte, wird aus der Magistratsdirektion herausgerissen. Dafür bekommt der Magistratsdirektor die neuen Geschäfte Kooperation, Informatik und Koordination. Informatik ist ein neuer Terminus, der aus Deutschland importiert wurde. Die Endsilbe -tik bedeute Lehre. Informatik sei also die Lehre über Informationssysteme. Märkte und Schlachthöfe kämen wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung in das Finanzressort. Mit der

gleichen Begründung könnte man auch Hoch- und Tiefbau dorthin geben. Der Finanzreferent sei jetzt für Straßenstände, Tierseuchen, Huf- und Klauenbeschlag, Viehbeschnitt und Babymilcherzeugung zuständig. Die Statistik habe dort nichts verloren, sondern gehöre in die allgemeine Verwaltung. Vielfach seien nun privatwirtschaftliche Betätigung und behördliche Kontrolle in einer Hand, Stadträte würden damit zu Richtern in eigener Sache. Die Rechtsagenden seien unsystematisch auf fast alle Geschäftsgruppen verteilt worden. Was unter dem Namen "Umweltschutz" zusammengestoppelt wurde, verdiene besondere Kritik, weil es nicht sinnvoll sei. Eine Kompetenzbereinigung zwischen den einzelnen Abteilungen sei nicht erfolgt.

GR. Pöder (SPÖ) verwies darauf, daß zum erstenmal seit 1945 eine Geschäftseinteilung nach ausschließlich sachlichen Gesichtspunkten erfolgen könne, die Doppelkompetenzen möglichst ausschließe und eine höhere Effizienz der Verwaltung gewährleiste. Natürlich seien dabei auch die Befähigungen einzelner Personen berücksichtigt worden, so der Umstand, daß Stadtrat Heller nicht nur Präsident des ASKÖ, sondern auch Präsident des Österreichischen Olympischen Komitees sei und sich um den Spitzen- und Breitensport große Verdienste erworben habe. Das Jugendamt vollziehe zwei verschiedene Aufgaben, die Jugendfürsorge und die Führung der zum Bildungswesen gehörenden Kindertagesheime. Eine Teilung dieser beiden Aufgaben hätte einen höheren Verwaltungsaufwand zur Folge. So sei es sinnvoll, unter Voranstellung der Bildungsaufgabe das Jugendamt in die Geschäftsgruppe III zu geben. Das Veterinärwesen gehöre wohl im Bund zum Gesundheitsressort, aber dort seien nur behördliche Aufgaben zu erfüllen, während das Wiener Veterinäramt überwiegend wirtschaftliche Aufgaben erfülle. Es sei demagogisch, bei der Beurteilung der Kompetenzverteilung einzelne Nebenagenden herauszuschälen und die Zusammenhänge zu verschweigen. Das Informationswesen sei in einer eigenen Abteilung zusammengefaßt worden, weil es zweckmäßig sei, eine so wichtige Aufgabe in die Hand eines gewählten Funktionärs zu legen und nicht einem weisungsgebundenen Beamten zu unterstellen, auch wenn dieser der höchste des Rathauses sei.

Stadtrat Heller betonte im Schlußwort, daß die Geschäftseinteilung kein Tabu mit Ewigkeitswert sei. Die Anregungen der FPÖ würden sicher nicht unbeachtet bleiben. Natürlich sei die Arbeit

eilig erfolgt. Vor einer Woche seien die acht Geschäftsgruppen festgelegt worden, jetzt habe man dringend die Vorlage gebraucht, um weiter arbeiten zu können. Stadtrat Heller dankte Magistratsdirektor Dr. Ertl, dem Leiter der Amtsinspektion OSR. Dr. Theuer und ihren Mitarbeitern, die in so kurzer Zeit eine so gewaltige Arbeit geleistet haben. Die Kritik der ÖVP bezeichnete er als kleinliche Nörgelei. Natürlich gebe es Verflechtungen, die man nicht immer ausräumen könne. Mit der Informatik in der Kompetenz des Magistratsdirektors sei vor allem die interne Information gemeint. Die neue Geschäftseinteilung sei vielleicht noch nicht das Ideal, bringe jedoch eine wesentliche Verbesserung und Vereinfachung.

Ein Antrag der ÖVP, eine Kommission zur Ausarbeitung einer zweckmäßigeren Geschäftseinteilung zu bilden, wurde einstimmig dem Gemeinderatsausschuß I zugewiesen.

Wahlrechtsreformkommission

GR. Outolny (SPÖ) stellte den Antrag, die Kosten für die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 1973 in der Höhe von 12,3 Millionen Schilling nachträglich zu genehmigen. GR. Glatzl (ÖVP) befaßte sich in seinem Debattenbeitrag mit dem gegenwärtigen Wiener Wahlrecht. Wie er dabei ausführte, hätten bei den vergangenen Landtags- und Gemeinderatswahlen 258.000 Wiener nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Er führte dies vor allem auf die fehlende Möglichkeit der Briefwahl sowie den Umstand zurück, daß die Gültigkeit der Wahlkarten bei Landtagswahlen lediglich auf Wien beschränkt ist. In diesem Zusammenhang stellte er den Antrag, eine eigene Reformkommission einzusetzen, die die entsprechenden Wahlrechts- und Verfassungsfragen prüfen und Reformen ausarbeiten sollte.

Abstimmung: Der Antrag auf nachträgliche Genehmigung der Kosten für die Wahlen wurde einstimmig angenommen. Der Antrag der ÖVP wurde dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

Wasserversorgungsanlagen

Die Aufnahme eines Darlehens beim Wasserwirtschaftsfonds für die Erweiterung der Wasserversorgungsanlage, "4. Donaubrücke-Praterbrücke", womit die Wasserversorgung in der Donaustadt und Kaiser-
mühlen gewährleistet werden soll, beantragte GR. Busta (SPÖ),

Die Darlehenshöhe beträgt 12,7 Millionen Schilling.

GR. DDr. Strunz (ÖVP) unterstrich in seiner Wortmeldung die Bedeutung der Grundwasseranlagen entlang der Donau, wobei er jedoch gleichzeitig vor der ständig abnehmenden Qualität des Donauwassers warnte.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Existenzgründungskredite

In einem weiteren Tagesordnungspunkt stellte GR. Busta (SPÖ) den Antrag, den Kreditrahmen zur Förderung von Wiener Handels- und Gewerbetrieben auf Grund des dafür ständig steigenden Interesses von 175 auf 190 Millionen S zu erhöhen. GR. Ing. Kreiner (ÖVP) hob die Notwendigkeit dieser Existenzgründungskredite hervor und regte an, deren Attraktivität künftighin noch zu verbessern. Zu diesem Zweck stelle er namens seiner Fraktion den Antrag, das Kreditplateau in Zukunft von 150.000 auf 200.000 S zu erhöhen, die Altershöchstgrenze von 35 auf 50 Jahre zu erhöhen sowie Kreditwerbern bei Betriebsgründungen in Neubaugebieten mehr Erleichterungen als bisher zu gewähren.

Abstimmung: Der Antrag des Referenten wurde einstimmig angenommen, der Antrag des Debattenredners dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

Kritik an Informationsstelle

Der Gemeinderat beschloß auf Antrag von GR. Herbert Mayr (SPÖ) einstimmig eine Nachtragssubvention von 12.500 Schilling für den Auskunftsdienst des Fremdenverkehrsverbandes.

Diesen Antrag benützte GR. Schneider (ÖVP), um Kritik an den Praktiken der offiziellen Informationsstellen der Stadt Wien zu üben. Vor allem sollten ausländische Touristen nicht dadurch verärgert werden, daß ihnen - statt Hotelzimmern - Quartiere in Studentenheimen vermittelt werden.

Im Schlußwort verwies GR. Mayr auf derzeit laufende Gespräche, die künftig Verbesserungen im Service für die Gäste aus dem Ausland bringen sollen.

Schutzzonen

Auf Antrag von GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) verabschiedete dann der Gemeinderat einstimmig die erste Schutzzonen-Vorlage dieser Sitzung, die das Gebiet zwischen Franz Josefs-Kai/Schwedenplatz und Morzinplatz in der Inneren Stadt umfaßt.

GR. Dr. Krasser (ÖVP) ritt eine Attacke gegen den schleppenden Verwaltungsgang in dieser Materie und gegen die - seiner Meinung nach - schwankende Haltung des Fachbeirates. Krasser vermißte vor allem das "persönliche Engagement" der für die Altstadterhaltung zuständigen Stadträte. Schließlich schlug der Redner eine Informationsstelle für Altstadterhaltung und ein Informationsblatt für Hauseigentümer vor, da das Beispiel Salzburg vielfach eine mangelnde Kenntnis über Inanspruchnahme von Fondsmitteln durch Hauseigentümer gezeigt habe.

GR. Ing. Hofstetter wies den Vorwurf des "mangelnden Engagement" zurück und betonte, daß man vor allem den Intentionen des Fachbeirates nachkommen wollte.

U-Bahn-Bau

Ebenfalls einstimmig gab der Gemeinderat auf Antrag von GR. Ing. Nedwed (SPÖ) "grünes Licht" für eine Aufstockung des Sachkredites für den dritten Bauabschnitt der U 1 (Stephansplatz-Nestroyplatz) um fünf Millionen auf 134 Millionen. Es handelt sich dabei um Vorarbeiten wie Straßensanierungen, Straßenbahnumlegungen und Sicherungsarbeiten für den Stephansdom.

GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) ging auf die Belästigungen und Beeinträchtigungen der vom U-Bahn-Bau betroffenen Anrainer ein. Er verwies auf die wirksame Hilfsaktion für U-Bahn-Geschäftigte, regte jedoch an, daß im Falle von völligen Betriebseinstellungen tatkräftiger geholfen werden müßte. Dies sollte durch ein novelliertes Dienstnehmerabgabegesetz erfolgen, das eine Zweckbindung der Mittel auch für Hilfsmaßnahmen zugunsten U-Bahn-Geschädigter vorsieht.

GR. Ing. Nedwed erklärte, daß die paritätisch von der Stadt Wien und der Handelskammer zusammengesetzte Fondsverwaltung bisher von 96 Anträgen 52 positiv erledigt habe.

Ober-Laa

GR. Gratzl (SPO) beantragte eine Erhöhung des Sachkredites für die Schaffung der Großgrünanlage Ober-Laa von 350 um 119 auf 469 Millionen Schilling. Es handle sich um eine nachträgliche Genehmigung durch den Gemeinderat, weil der Akt bereits nach Paragraph 98 vorgenehmigt wurde.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) sprach von einer exorbitanten Kostensteigerung und davon, daß man aus den Erfahrungen der WIG 64 nichts gelernt habe. Das schlimmste sei es allerdings, daß bereits vor zwei Jahren der Stadtgardendirektor mit der Finanzverwaltung die Mehrkosten von 119 Millionen Schilling abgesprochen und man sich geeinigt habe, den Antrag im Gemeinderat erst zu einem späteren Zeitpunkt zu stellen. Dabei betreffe diese Kostenexplosion kaum die Gartenanlagen, sondern hauptsächlich die Hochbauten. Und dies, obwohl man über die spätere Funktion der Ausstellungshallen noch nichts wisse. Die Vorgangsweise, den Gemeinderat nicht rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, sei pflichtwidrig gewesen und komme zudem einem Mißbrauch des Notparagraphen 98 gleich. Er empfehle, schloß Hirnschall, dem Kontrollamt eine Überprüfung dieser Vorgangsweise.

Auch GR. Arthold (ÖVP) kritisierte als zweiter Debattenredner die Kostensteigerungen und die Vorgangsweise, die einer gröblichen Mißachtung des Gemeinderates gleichkomme. Jede Genehmigung nach Paragraph 98 sei ein Beweis für die mangelnde Planung. So sei heute ein Zugang für die WIG 74 beschlossen worden, der schon fertig sei. Es werde zudem ebenfalls heute eine Flächenwidmungsänderung für eine Tankstelle genehmigt, die im September zur öffentlichen Einsicht aufgelegt war, obwohl im August bereits mit dem Bau begonnen worden war.

Arthold, der bei diesen Ausführungen durch zahlreiche Zwischenrufe unterbrochen wurde, beschäftigte sich auch mit dem seiner Meinung nach ungenügenden Angebot öffentlicher Verkehrsmittel zur WIG 74 und erklärte abschließend, seine Partei sei zwar für die Gartenschau, lehne aber die Vorgangsweise und damit das Geschäftsstück ab.

Im Schlußwort wies GR. Gratzl darauf hin, bei so großen Bauvorhaben könnten die Kosten nicht immer exakt vorhergesagt werden und zudem kämen immer während der Planung besondere Wünsche hinzu. In den Ausschüssen und im Stadtsenat habe die ÖVP überdies der Sachkrediterhöhung zugestimmt.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Hochschulstandorte

Über die nachträgliche Genehmigung, das Institut für Raumplanung mit einer Untersuchung über die Auswirkungen alternativer Hochschulstandorte auf die Stadtentwicklung zu beauftragen, referierte sodann GR. Dinhof (SPÖ).

Als Debattenredner kritisierte GR. Zörner (ÖVP) die Anwendung des Paragraph 98 deshalb, weil der Akt bereits seit März dieses Jahres anhängig sei. Daß die Stadt kein Hochschulkonzept entwickelt habe, werde einmal als historische Schuld Wiens bezeichnet werden, denn bereits heute sei die Raumnöte unerträglich. Periphere Hochschulstandorte, wie etwa die Donauinsel, die es noch nicht gäbe, und ~~die es~~, käme es zu einer Volksabstimmung, nie geben würde, widersprächen zudem den Wünschen der Hochschule und der Studenten, die für eine City-Universität eintreten. Zörner erinnerte daran, daß 1965 der damalige Bürgermeister Jonas bereits das grundsätzliche Einverständnis der Stadt für einen Tausch der Gründe des Allgemeinen Krankenhauses mit Grundstücken des Bundes gegeben, Slavik dieses Angebot 1971 erneuert habe, aber von den SPÖ-Ministern gar keine Verhandlungen darüber geführt worden seien.

Im Schlußwort replizierte Dinhof, der Aktenlauf beweise, daß man nicht früher den Gemeinderat habe befassen können. Zudem seien auch andere Standorte, wie zum Beispiel die Roßauer Kaserne von der Untersuchung erfaßt.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Tankstelle

GR. Hermine Fiala (SPÖ) referierte über die Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes auf einem kleinen Teil des WIG-Geländes. Auf einem 2.800 Quadratmeter großen Areal sollen eine Tankstelle und mehrere Verkaufsstände errichtet werden.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) stellte in Frage, ob die Errichtung einer Tankstelle überhaupt notwendig sei. Dieser Zweifel sei jedoch nicht der Hauptgrund für seine Wortmeldung gewesen. Die Magistratsdirektion habe seinerzeit die Prüfung verlangt, ob dieses Areal durch ein Enteignungsverfahren in den Besitz der Stadt Wien gelangt sei. Enteignet kann bekanntlich dann werden, wenn der Grund für Erholungszwecke genützt wird, nicht aber, wenn eine Tankstelle errichtet wird. Eine Klärung sei unbedingt notwendig. Er verlangte die Absetzung dieses Geschäftsstückes von der Tagesordnung.

GR. Hermine Fiala meinte in ihrem Schlußwort, es habe keinen **Anhaltspunkt** dafür gegeben, daß dieses Areal enteignet worden sei. privater Seite sei kein Einwand erfolgt, der Errichtung der Tankstelle wurde mit Mehrheit zugestimmt.

Schutzzone 1. Bezirk

GR. Dr. Macher (ÖVP) referierte über die Festsetzung einer Schutzzone für den gesamten 1. Bezirk.

GR. Wiesinger (SPÖ) wies die Angriffe von GR. Dr. Krasser (ÖVP) zurück, die SPÖ widme der Altstadterhaltung in Wien zu wenig Aufmerksamkeit. Die Unterschützstellung des gesamten 1. Bezirkes sei ein historisch bedeutsamer Akt, der kulturhistorisch wertvolle Althausbestand werde dem spekulativen Zugriff entzogen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Grundstückverkauf

Ein relativ bedeutungsloser Grundstückverkauf in der Großfeldsiedlung wurde von GR. Köchler (ÖVP) referiert, weil GR. Krenn (FPÖ) diesen Grundkauf durch eine Privatperson als politisches Interventionsgeschenk ansah. Krenn: Der Grundwerber sei kein Stadtrandsiedler, es sei kein berücksichtigungswürdiger Grund vorgelegen. Er habe jedoch durch mehrere Anträge Hartnäckigkeit bewiesen und die politische Intervention durch Ex-Stadträtin Dr. Maria Schaumayer habe ihm zum Erfolg verholfen. Aus diesem Grund sei die FPÖ nicht imstande, der Grundstückstransaktion zuzustimmen. Der Grundstücksverkauf wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP genehmigt.

Grundverkauf und Wasserbehälter

GR. Sagmeister (SPÖ) beantragte den Verkauf einer Siedlerparzelle in der Großfeldsiedlung an einen Privaten. GR. Krenn (FPÖ) bemängelte, daß der Käufer in einem Brief mit der Bitte um Befürwortung seines Kaufbegehrens angeführt habe, daß er Mitglied der SPÖ sei. GR. Sagmeister meinte, so etwas könne doch kein Grund für die Ablehnung eines Grundverkaufs sein. Der Verkauf wurde von SPÖ und ÖVP genehmigt.

GR. Bednar (SPÖ) beantragte 37,2 Millionen Schilling für den Abbruch und den Neubau der Kammer 3 des Wasserbehälters Laaer Berg. GR. Deutsch (SPÖ) verwies darauf, daß für diese Versorgungs-

anlage schon 186 Millionen Schilling bewilligt wurden. Der Neubau der 3. Kammer ist der letzte Teil des Ausbaues des 1883 errichteten Wasserbehälters, dessen Kapazität damit von 22.000 auf 93.000 Kubikmeter erhöht wird. Die Wiener Gesamtreserve steigt damit um zehn Prozent. Zugleich wurden 16 Pumpen zum Ausgleich von Druckschwankungen installiert. Die neuen Anlagen wurden gut in die Umgebung eingeführt, die Hänge sind begrünt, Kinderspielplätze und Tennisplätze sind vorgesehen.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

Sicherheit in Wien - höher als in anderen Städten
=====

Wien, 30.11.(RK) Die Sicherheit in Wien ist höher als in anderen, vergleichbaren europäischen Großstädten. Dies geht aus einem Kriminalstatistikvergleich der Städte Wien, West-Berlin, Hamburg und München hervor, den Polizeipräsident Dr. Karl Reidinger Freitag vormittag bei einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit präsentierte. Trotz dieser für Wien erfreulichen Tatsache kündigte Hofrat Dr. Kuso, der Leiter des Wiener Sicherheitsbüros, ein großangelegtes Vorbeugungsprogramm der Wiener Polizei an, in dessen Rahmen zunächst gezielt zwei Personengruppen angesprochen werden sollen: ältere Leute und Jugendliche.

Die vergleichende Untersuchung über die Kriminalität in den bereits erwähnten Städten läßt generell zwei Hauptaussagen zu:

1. Es gibt kein einziges strafbares Delikt, bei dem die Kriminalbelastungsziffer (Anteil der Straffälligen auf 100.000 Einwohner) in Wien höher wäre, als in den westdeutschen Städten. Die erfreulichste Bilanz für Wien ist vor allem bei sogenannten Agressionsdelikten - zumeist schwere Verbrechen - festzustellen. Auch die Jugendkriminalität ist in West-Berlin, Hamburg und München wesentlich höher als in Wien. Bei Eigentumsdelikten ist der Unterschied nicht so gravierend. Immerhin ist Wien auch in diesem Fall in der weitaus besten Situation.

2. Wiens Polizei scheint nicht schlechter zu sein als die Polizei in den westdeutschen Großstädten: die Aufklärungsquote ist in Wien bei den meisten Delikten annähernd gleich hoch. Dazu einige Beispiele: 1972 gab es in Berlin 132 Morde, in Hamburg 86, in Wien 50. In Berlin wurden rund 94 Prozent dieser Straftaten aufgeklärt, in Hamburg 97 Prozent und in Wien 91 Prozent. - In den deutschen Zahlen sind auch die Totschläge enthalten. Totschlag ist nach dem österreichischen Recht ein eigener Straftatbestand und wurde daher in der Statistik nicht ausgewiesen. Dadurch wurde natürlich auch die Aufklärungsquote gedrückt: Totschläge sind bekanntlich leichter zu klären als Morde. Gegenüber dem Jahr 1971 war 1972 ein leichter Rückgang der Mordkriminalität in Wien und Hamburg zu verzeichnen. In West-Berlin stieg die Zahl der Morde um 37 Prozent.

Hamburger Mörder bevorzugen die Pistole: bei 35 Prozent der bekanntgewordenen Fälle wurde in dieser Stadt von einer Schußwaffe-Gebrauch gemacht. In Wien waren es lediglich 8,3 Prozent.

Die Wiener sind viel weniger aggressiv als die West-Berliner oder die Hamburger: in Berlin wurden 1972 3.422 Körperverletzungen mit tödlichem oder schwerem Ausgang, in Hamburg 1.672, in München 845 und in Wien lediglich 624 verzeichnet.

Die Diebstahlskriminalität stieg in Wien von 1971 auf 1972 um 34-Prozent. Sie liegt aber noch immer deutlich unter den deutschen-Städten: West-Berlin ist fast doppelt so stark und Hamburg anderthalbfach so stark belastet wie Wien.

Bei Raubüberfällen ist Hamburg nicht weniger als dreimal so stark belastet wie Wien. Allerdings wurden in Hamburg 62,1 Prozent der Überfälle aufgeklärt, in Wien nur 46,3 Prozent. In Berlin betrug die Aufklärungsquote überhaupt nur 38,4 Prozent. Auch bei den Raubüberfällen zeigt sich, daß in Hamburg am meisten geschossen wird. Bei zehn Prozent aller Raubüberfälle zog in Hamburg der Täter die Pistole, in Wien verwendete nur ein Prozent der Täter die Schußwaffe.

Polizeipräsident Dr. Reidinger gab bei der Pressekonferenz bekannt, daß die Aufklärungsziffern des Jahres 1973 aller Voraussicht nach deutlich besser sein werden als die des Vorjahres. Heuer gab es bisher 24 Morde und Totschläge. Alle 24 wurden aufgeklärt.

Zur Vorbeugungsprogramm der Polizei: Dieses Programm soll vor allem älteren Menschen und Jugendlichen zugutekommen. Älteren Menschen deshalb, weil diese Personengruppe als Opfer krimineller Handlungen besonders gefährdet ist, Jugendlichen weil dieser Personenkreis oft aus Unbesonnenheit und Leichtsinn in Unkenntnis der oft schweren Rechtsfolgen Straftaten begeht.

Die Polizei hat mit dieser Aktion bereits begonnen. Leiter der Pensionistenklubs der Gemeinde Wien und Altenklubs caritativer Organisationen werden mit dem Programm vertraut gemacht. Die Beamten erläutern Beispiele aus der Praxis. Die Information der Jugendlichen soll über die Schuldirektoren erfolgen.

L o k a l :

=====

stadtreinigung nimmt vorsorglich schneearbeiter auf

9 wien, 30.11. (rk) die stadtreinigung nimmt heute, freitag, vorsorglich und unbegrenzt schneearbeiter auf, um fuer eine allfaellige verschlechterung des wetters geruestet zu sein. dank des naechtlichen einsatzes praesentierten sich freitag frueh alle hauptverkehrsstrassen in fahrsicherem zustand. heute, freitag, sind fast 400 streufahrzeuge und mehr als 1000 arbeitskraefte fuer den winterdienst im einsatz.

1330

L o k a l :

=====

stadtreinigung nimmt vorsorglich schneearbeiter auf

9 wien, 30.11. (rk) die stadtreinigung nimmt heute, freitag, vorsorglich und unbegrenzt schneearbeiter auf, um fuer eine allfaellige verschlechterung des wetters geruestet zu sein. dank des naechtlichen einsatzes praesentierten sich freitag frueh alle hauptverkehrsstrassen in fahrsicherem zustand. heute, freitag, sind fast 400 streufahrzeuge und mehr als 1000 arbeitskraefte fuer den winterdienst im einsatz.

1330